



Schluss! mit dem Rabenmittersyndrom !

fordern die Frauen auf dem Kongress der LAG Frauenpolitik der Grünen

„Ende einer (Ent)-Scheidung“

- Familie und Beruf gehören zusammen -

Am Samstag, den 31.1.04 im Haus der Wirtschaft in Stuttgart

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – der Dauerbrenner der Frauenbewegung schlechthin, ist beileibe kein Thema von gestern, sondern von erschreckender Aktualität. Das war das Fazit des ersten Frauenkongresses im neuen Jahr 2004 der Landes-arbeitsgemeinschaft Frauenpolitik der Grünen Baden-Württembergs.

Im „Haus der Wirtschaft“ in Stuttgart konnte Barbara Ganzenmüller, Sprecherin der LAG, ein ausgewiesenes fachkundiges Expertinnenteam und ein großes Auditorium interessierter Frauen aus dem ganzen Ländle begrüßen.

Ganzenmüller forderte eine geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit. Denn erschreckend

Verhaltensstarre

Der inzwischen fünfzehn Jahre alte Satz des Soziologen Ulrich Beck über die Emanzipationswirklichkeit der Männer: „Verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“ müsse endlich seine Gültigkeit verlieren. Dass es soweit aber noch nicht ist, wurde deutlich illustriert durch das auf die persönliche Lebensgeschichte abgestellte Zwiegespräch zweier engagierter grüner Frauen aus verschiedenen Generationen, moderiert von Sylvia Kotting-Uhl, der Landesvorsitzenden der Grünen.

Die Junge: Ansprüche selbstbewusst durchsetzen

Katja Husen, die



ist der Geburtenrückgang: in Deutschland: nur 1,2 Kinder pro Frau sprechen ein deutliches Verdikt über die männerzentrierte Frauen- und Familienpolitik des vereinten Deutschlands.

frauenpolitische Sprecherin der Bündnisgrünen im Bundesvorstand, Vertreterin der jungen Frauengeneration, nahm völlig



selbstbewusst für sich das Recht auf Erwerbstätigkeit in Anspruch. Sie forderte die Frauen auf, ihre Ansprüche auf Erwerbstätigkeit selbstbewusster zu artikulieren und im Gegenzug den Männern auch Raum für Familienarbeit zu geben.

Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

Dagegen stellte die Sozialwissenschaftlerin Dr. Edith Wolber, Vertreterin der mittleren Frauengeneration und Mutter zweier Kinder, mehr auf Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Sie gab den Bedürfnissen der Familie und Fürsorgearbeit mehr Raum.

Mehr Geld in die Strukturen

Völlige Einigkeit bei beiden herrschte aber in der Forderung, dass mehr Geld für strukturelle Veränderung in die Hand genommen werden muss, vor allem für eine deutliche Verbesserung der Kinderbetreuung.

Gesetzgebung gefordert

lich, dass es durchaus möglich sei, patriarchalische gesellschaftliche Verhältnisse durch staatliche Gesetzgebung zu überwinden. Dies hätten Länder wie Frankreich, das vor seinen Reformen ähnliche patriarchalische Strukturen wie Deutschland hatte, gezeigt. Das in der Bundesrepublik vorherrschende Verständnis, Kinder „als Eigentum ihrer Eltern“ zu betrachten und nicht als Bürger mit eigenen Ansprüchen an den Staat, stehe den Veränderungen von Strukturen im Weg. Zu sehr würde auf die individuellen Ansichten der Eltern, wie Erziehung zu gestalten sei, eingegangen,



statt einer verbindlichen Erziehung nach



parlamentarisch vereinbarten demokratischen und pädagogisch angemessenen Grundsätzen in staatlichen Institutionen Raum zu geben. Hier gelte es, einer unheiligen Allianz einzelner grüner Politikerinnen mit den Konservativen entschieden zu begegnen.

Familienfreundliche grüne Politik

Das Podium am Nachmittag, souverän geleitet von Brigitte Lösch, MdL, zeigte eine Menge positiver Lösungsansätze für das Vereinbarkeitsproblem auf. Da war zum einen die familienfreundliche Kommunalpolitik der Stadt Freiburg, vorgestellt von der grünen Bürgermeisterin Gerda Stuchlik. Sie zeigte, wie eine vernünftige Politik, welche die Probleme von Familien und ihren Kindern ernsthaft im Blick hat, sehr beeindruckende Veränderungen vorweisen kann. Freiburg weist überdurchschnittliche hohe Geburtenraten auf; ein schlagender Beweis für den Zusammenhang von Politik und persönlichem Leben der Menschen. Den gilt es in den kommenden Kommunalwahlen deutlich herauszustellen.

Petra Meier-Scheerer, evangelische Pfarrerin und tätig als Leiterin von „Treffpunkt Mensch“ des Arzneimittelherstellers Merkle-Ratiopharm in Ulm erläuterte, dass familienfördernde Maßnahmen wie flexible auf die Eltern zugeschnittene Arbeitszeitmodelle und betriebseigene Betreuungsmöglichkeiten sowohl dem Arbeitgeber wie auch den dort tätigen Menschen zugute kommen. Sie stellte dar, dass eine dem christlichen Menschenbild verpflichtete



Das Podium: Petra Meier-Scheerer, Ratiopharm | Jörg Rupp, KV Ettlingen | Brigitte Lösch, MdLI Dorothee Einselen, Tagesmütter

Firmenphilosophie auch durchaus ökonomischen Nutzen zeitigt.

Jörg Rupp, zeitweise alleinerziehender Vater, konnte die Erfahrungen der Frauen, dass Fürsorgearbeit gesellschaftlich nicht wertgeschätzt wird, durch eigenes Erleben nur bestätigen.

eine gute Alternative: das Tagesmüttermodell

Dorothee Einselen, Geschäftsführerin des Verbands der Tagesmüttervereine Baden-Württemberg, stellte mit dem Tagesmüttermodell eine kostengünstige Betreuungsalternative vor, deren Struktur in Baden-Württemberg inzwischen flächendeckend ausgebaut ist. So können auch ländliche Gebiete von dieser Betreuungsmöglichkeit profitieren.

In der anschließenden Diskussion dieser Ansätze wurden weitere Erhöhungen des Kindergelds abgelehnt, da sonst die finanziellen Mittel für einen Aufbau von zuverlässigen Betreuungsstrukturen fehlt.

Schluss mit der Gießkannenpolitik

„Schluss mit der Politik der Gießkanne individueller Förderung und ran an den Aufbau von besseren Betreuungsstrukturen!“, lautete der Appell der Konferenz und forderte entschieden „Schluss mit der Diskriminierung erwerbstätiger Mütter als Rabenmütter“!

Bericht geschrieben von Barbara Ganzenmüller

Heraus mit der
Kinderbetreuung!
Schluss mit dem
Rabenmuettersyndrom!
Existenzsicherung fuer
Frauen!

